



Pressemeldung

Protestaktion für Wahlalter 16 vor dem Landtag

Mainz. Ein breites Bündnis von Jugendverbänden hat auf Initiative des Landesjugendrings Rheinland-Pfalz (LJR) am Mittwoch, den 7. November, vor dem rheinland-pfälzischen Landtag öffentlichkeitswirksam für eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre demonstriert. Das Thema wurde dort am selben Tag in einer aktuellen Stunde im Plenum diskutiert.

Ausgerüstet mit Masken, weißen Overalls und Schildern machten über zwei Dutzend Vertreter/Innen zahlreicher Jugendverbände darauf aufmerksam, dass – abgesehen von der Jungen Union – inzwischen alle rheinland-pfälzischen Jugendverbände, die Landesschülervertretung sowie der Schülerlandtag für eine Absenkung des Wahlalters eintreten. Mit zugeklebten Mündern und Slogans wie „Nur wer eine Stimme hat wird auch gehört“ wurde zudem deutlich gemacht, dass eine Ausweitung des Wahlrechts auf 16- und 17-Jährige eine wichtige Bedingung dafür darstellt, dass der Jugendpolitik im politischen Betrieb insgesamt ein höherer Stellenwert eingeräumt wird. Auch zahlreiche Vertreter der Landtagsfraktionen von SPD und Grünen nahmen an der Aktion teil und erklärten ihre Zustimmung zu einer Absenkung des Wahlalters. Ihnen übergaben Vertreter der Grünen Jugend auch ein Banner mit zahlreichen Handabdrücken für ein Wahlrecht ab 16 Jahren.

Susanne Wingertzahn, Vorsitzende des Landesjugendrings, erklärte zu der Aktion: „Die rheinland-pfälzische CDU befindet sich mit ihrer Blockadehaltung offensichtlich auf dem Holzweg. Wer junge Menschen wirklich für Politik interessieren will, der muss ihnen auch reale Mitbestimmungsmöglichkeiten einräumen“. Wingertzahn äußerte allerdings die Hoffnung, dass sich die CDU den zahlreichen guten Argumenten auf Dauer nicht verschließen könne: „Es wäre ein Zeichen politischer Größe, die angekündigte Blockadehaltung zu revidieren.“

Das Wahlalter16-Bündnis besteht aus dem Landesjugendring, der LandeschülerInnenvertretung sowie politischen Jugendverbänden, wie den Jusos und der Grünen Jugend. Anlass für die Protestaktion war die Entscheidung des Landesparteitages der CDU, die Ausweitung demokratischer Mitbestimmungsmöglichkeiten für junge Menschen in Rheinland-Pfalz zu blockieren. Für eine Absenkung des Wahlalters in Rheinland-Pfalz auf 16 Jahre ist eine Verfassungsänderung nötig. Eine dafür nötige Zweidrittelmehrheit braucht, neben den Stimmen der rot-grünen Regierungskoalition, auch Stimmen der CDU-Fraktion.

Der Landesjugendring Rheinland Pfalz) ist der Zusammenschluss von 23 Jugendverbänden in Rheinland-Pfalz. Er erreicht mit seinen Mitgliedsverbänden jährlich ungefähr 200.000 Kinder und Jugendliche und ist die überparteiliche Lobby für Kinder und Jugendliche in Politik und Gesellschaft. Weitere Informationen dazu gibt es unter www.ljr-rlp.de oder direkt in der Geschäftsstelle des Landesjugendringes RLP, Telefon 06131-960 200 oder info@ljr-rlp.de .